BEBAUUNGSPLAN NR. 104 - B "Industrie- und Gewerbegebiet Köthener Straße" Teilgebiet B

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Es gilt die Planzeichenverordnung PlanzV 90 vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58)

1. FESTSETZUNGEN

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches — § 9 Abs. 7 BauGB

ART DER BAULICHEN NUTZUNG — § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

- MI — Mischgebiete — § 6 BauNVO
- GE — eingeschränktes Gewerbegebiet (s. Text, Festsetzung Pkt. 1.2) — LX (vL § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO)
- GI — eingeschränktes Industriegebiet (s. Text, Festsetzung Pkt. 1.3) — LX (vL § 1 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 BauNVO)

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG — § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB

- (Z) — Geschoßflächenzahl — §§ 16,17 BauNVO
- BMZ — Baumassenzahl — §§ 16,17,21 BauNVO
- GRZ — Grundflächenzahl — §§ 16,17,19 BauNVO
- OK — Oberkante baulicher Anlagen als Höchstmaß — §§ 16,18 BauNVO
- OK -10 - Oberkante baulicher Anlagen als Mindest- und Höchstmaß — §§ 16,18 BauNVO
- II — Zahl der Vollgeschosse — §§ 20 BauNVO

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN — § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

- o — offene Bauweise — § 22 Abs. 1 u. 2 BauNVO
- E_1 — abweichende Bauweise (vgl. Textl. Festsetzungen 1.Pkt. 3.1) — § 22 Abs.4 BauNVO
- E_2 — abweichende Bauweise (vgl. Textl. Festsetzungen 1.Pkt. 3.1) — § 22 Abs.4 BauNVO
- E — geschlossene Bauweise — § 22 Abs.3 BauNVO
- nur Doppelhäuser zulässig — § 22 Abs. 2 BauNVO
- Baugrenze — § 23 Abs. 1 und 3 BauNVO
- Baulinie — § 23 Abs. 1 und 2 BauNVO
- Wechsel Baugrenze / Baulinie

EINRICHTUNGEN UND ANLAGEN ZUR VERSORGUNG MIT ELEKTRIZITÄT, GAS, WÄRME UND WASSER SOWIE FÜR ÖFFENTLICHE UND PRIVATEN BEREICHE, FLÄCHEN FÜR DEN GEMEINBEDARF; FLÄCHEN FÜR SPORT- UND SPIELANLAGEN

- Grundstück für den Gemeinbedarf
- Soziales Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen Zweckbestimmung: "Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung"

VERKEHRSFLÄCHEN — § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

- Straßenverkehrsflächen — § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB
- Straßenbegrenzungslinie — § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB

FLÄCHEN FÜR VERSORGUNGSANLAGEN, FÜR DIE WASSERWIRTSCHAFT, FLÄCHEN FÜR RÜCKHALTUNG SOWIE FÜR ABLAGERUNGEN

- Grundstücke für Versorgungsanlagen
- Regenrückhaltefläche (RRB) — § 9 Abs. 1 Nr. 12, 14 und Abs. 6 BauGB

GRÜNFLÄCHEN — § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

- Grünflächen öffentlich — § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB
- Grünflächen privat — § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB

Zweckbestimmung:

- Dauerkleingärten

ANPFLANZEN VON BÄUMEN, STRÄUCHEN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHEN — § 9 Abs. 1 Nr. 25a + b BauGB

- Pflicht zum Erhalt von Bäumen — § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern — § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB
- Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen und Sträuchern — § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB

WASSERFLÄCHEN — § 9 Abs. 1 Nr. 16 und Abs.6 BauGB

- Wasserflächen — § 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB

REGELUNGEN FÜR DEN DENKMALSCHUTZ — § 9 Abs. 6 BauGB

- Einzelanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen

SONSTIGE PLANZEICHEN

- ... — mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
- Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind — § 9 Abs. 1 Nr. 10 und Abs. 6 BauGB
- Umgrenzung der Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes — § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB
- Abgrenzung der unterschiedlichen LPB (Lärmpegelbereiche; vgl. Textl. Festsetzungen 1.Pkt. 6) — LPB
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung oder Maßes der Nutzung innerhalb eines Teilgebietes — § 1 Abs. 4 BauNVO
- Abgrenzung nach Art und Maß der Nutzung innerhalb eines Teilgebietes — § 1 Abs. 4 BauNVO
- Richtungssektor
- Vermaßung in Metern
- ausgewählte Punkte der Geltungsbereichsgrenze Koordinaten siehe Tabelle

2. KENNZEICHNUNGEN UND NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN

- Trafostation

HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN

- oberirdisch
- unterirdisch
- Elektrizität
- Abwasser
- Gas
- Trinkwasser
- Fernwärme

GRUNDWASSERMESSSTELLEN

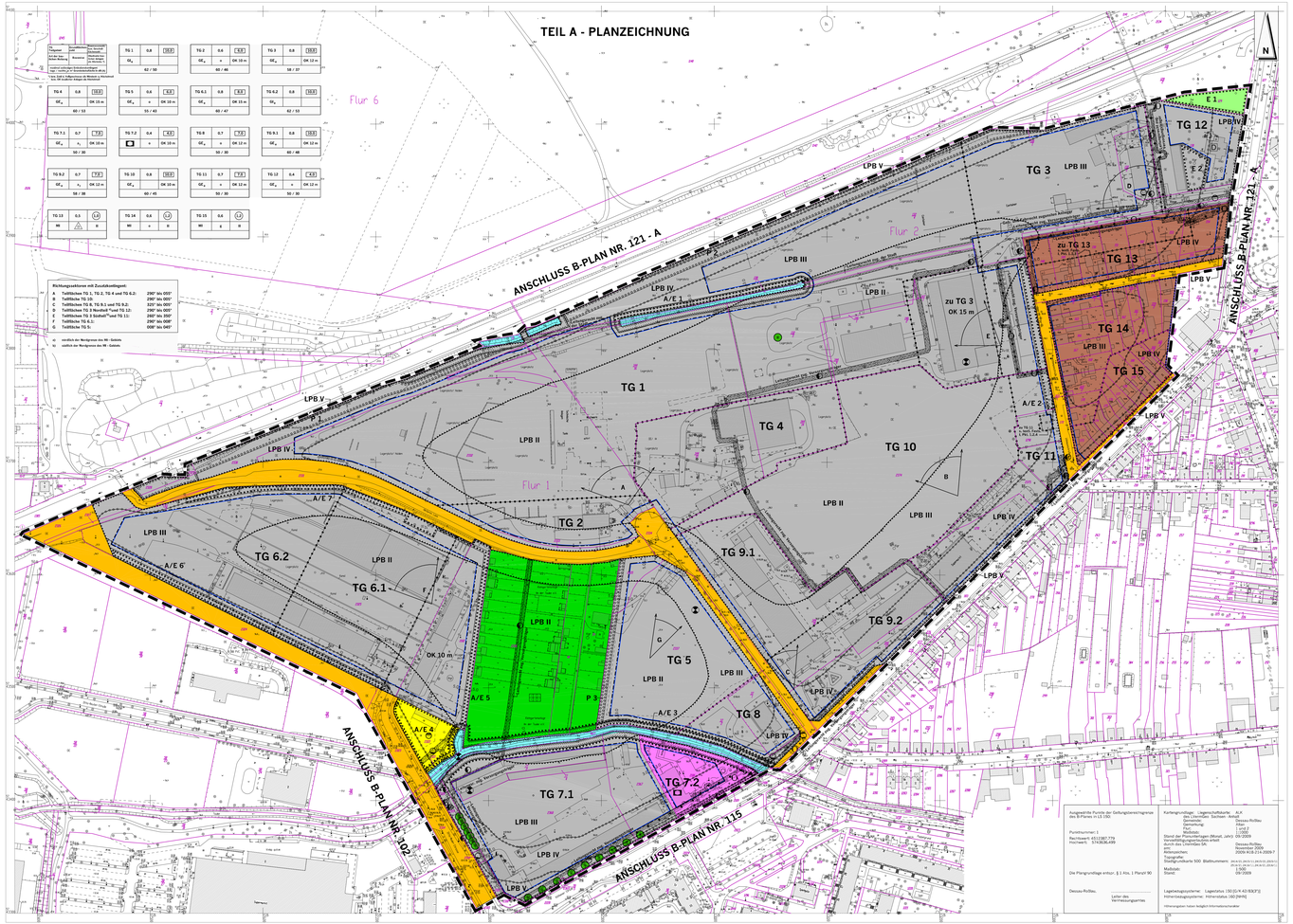
- Grundwasserstandsmessstellen (s. Textl. Festsetzungen 1.Pkt. 4.2)

PLANVERSTEILUNGSBEREICH

- Grenze Planbereichsübergreifenden Umgestaltung des Vorhof Erlebnisserumkörpers Dessau-Alten

3. BESTANDSANGABEN NACH DIN 18702 (auszugsweise)

- vorhandene bauliche Anlagen
- 2007 — Flurstücksnummern
- Flurstücksgrenze
- Flur 2 — Gemarkungsgrenze
- Flurgrenze



TEIL B - TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

Es gilt die Baunutzungsverordnung - BauNVO 1990 in der Fassung vom 23. Januar 1990, (BGBl. I S. 132)

I. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1.0 Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 MI-Teilgebiete gemäß § 6 BauNVO

1.1.1 In den MI-Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO Nutzungen nach § 6 Abs. 2 Nr. 6, 7 und 8 BauNVO - Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten im Sinne des § 6a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO - nicht zulässig.

1.1.2 In den MI-Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO Nutzungen nach § 6 Abs. 3 BauNVO - Vergnügungsstätten im Sinne des § 6a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO - nicht Bestandteil dieser Satzung.

1.1.3 In MI-Teilgebiet 13 ist innerhalb des gekennzeichneten Bereiches gemäß § 1 Abs. 5 Bau-NVO die Wohnnutzung nicht zulässig.

1.2 GEe-Teilgebiete gemäß § 8 BauNVO

1.2.1 In den GEe-Teilgebieten 7.1, 8 und 12 sind die nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO zulässigen Gewerbebetriebe gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO auf nur im Sinne des § 8 Abs. 1 BauNVO zulässig.

1.2.2 In den GEe-Teilgebieten 7.1, 8 und 12 sind die nach § 8 Abs. 2 Nr. 1 BauNVO zulässigen Gewerbebetriebe gemäß § 1 Abs. 4 Nr. 2 BauNVO auf nur im Sinne des § 8 Abs. 1 BauNVO zulässig.

1.2.3 In den GEe-Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO Nutzungen nach § 8 Abs. 3 Nr. 2 und 3 BauNVO - Anlagen für kirchliche Zwecke und Vergnügungsstätten - nicht Bestandteil dieser Satzung.

1.2.4 In GEe Teilgebiet 11 ist innerhalb des gekennzeichneten Bereiches gemäß § 1 Abs. 10 BauNVO eine Erweiterung der bestehenden Wohnnutzung ausnahmsweise zulässig.

1.3 GIe-Teilgebiete gemäß § 9 BauNVO

1.3.1 In den GIe-Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO Nutzungen nach § 9 Abs. 2 Nr.2 BauNVO - Tankstellen - nicht zulässig.

1.3.2 In den GIe-Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO Nutzungen nach § 9 Abs. 3 Nr.1 und 2 BauNVO - Anlagen für Authofe und Beerdigungsbetriebe sowie Betriebshäfen und Betriebsbahnen - und Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke - nicht Bestandteil dieser Satzung.

1.4 In allen GEe- und GIe-Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 6 Bau-NVO Anlagen zur Verwertung, Beseitigung und Lagerung von Abfällen und sonstigen Stoffen gemäß Nr. 8 Sp. 1 und 2, ausgenommen Nr. 8.7, der Anlage 1 zum UVPG nicht zulässig.

1.5 In allen GEe- und GIe Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 4 BauNVO auf den einzelnen Teilflächen nur solche Betriebe und Anlagen zulässig, deren gesamte Schallemissionen die maximal zulässigen Emissionskontingente nicht überschreiten, die in der für das jeweilige Teilgebiet in der Tabelle 1 angegebenen Größenordnung. Die Immissionskontingente sind so gestellt ist, wobei der Wert von dem Quantrichtn der Tagzeit für die Zeit von 6:00 Uhr bis 22:00 Uhr, der Wert nach dem Quantrichtn der Wert für die Nachtzeit von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr ist.

1.6 Zulässige Verkaufs- und Ausstellungsfläche

1.6.1 In den MI-Teilgebieten sind entsprechend Zentrenkonzept der Stadt Dessau-Roßlau Einzelhandelsbetriebe nur dann zulässig, wenn die Verkaufs- und Ausstellungsfläche für den Verkauf von zentrenrelevanten Sortimenten nicht mehr als 800 m² beträgt.

Für die Definition von zentrenrelevanten Sortimenten gilt die "Dessau-Roßlauer Sortimentsliste" wie folgt:

- Nahrungs- und Genussmittel, Getränke, Reformwaren
- Papier- und Schreibwaren, Schulbücher, Bücher
- Spielwaren und Bastelbedarf
- Bekleidung
- Drogeriewaren, Kosmetika, Pharmazie, Sanitätswaren
- Oberbekleidung, Wäsche, Wolle, Kurzwaren, Stoffe, sonstige Textilien
- Schuhe, Lederwaren, Reisebedarf, Taschen, Regenschirme, Spazierstöcke
- Orthopädie und Sanitätsartikel (außer Sportgroßgeräte, z. B. Fahrräder)
- Hausrat, Heimtextilien, Gardinen und Zubehör, Bettwaren
- Uhren, Schmuck, Silberwaren, Goldwaren, Antiquitäten, Geschenkartikel
- Uhren, Schmuck, Silberwaren
- Fotogeräte, Videokameras, Fotowaren, optische und feinmechanische Erzeugnisse
- Musikinstrumente
- Unterhaltungselektronik, Ton- und Bildträger, Telekommunikationsgeräte
- Elektrokleingeräte (weiße und braune Ware)
- Personalcomputer, Notebooks, Büro- und Kommunikationstechnik
- Waffen und Jagdbedarf

1.6.2 In allen GEe- und GIe Teilgebieten sind gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO i. V. m. § 1 Abs. 9 BauNVO Einzelhandelsbetriebe mit zentrenrelevanten Sortimenten nur als Betriebe zulässig, die nicht zugelassene, ausgenommen durch Einzelhandelsbetriebe, die in unmittelbarem räumlichen und betrieblichen Zusammenhang zu den Gewerbebetrieben im Plangebiet stehen (Handwerkerprivileg) und deren Verkaufsfläche maximal 800 m² beträgt, sowie Einzelhandelsbetriebe und zentrenrelevante Sortimente nur auf insgesamt 100 m² der kaufbetriebe (e Betrieb) zulässig (siehe Sortimentsliste vorab unter 1.6.1.). Ebenfalls von dieser Festsetzung ausgenommen sind Kraftfahrzeug- und Kraftfahrzeugzubehörhandel, die aufgrund ihres Warenangebotes einen größeren Flächenbedarf haben.

1.6.3 Im Teilgebiet 7.2 sind gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 sozialen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen mit Zweckbestimmung "Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung" zugelassen.

2.0 Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

2.1 Höhen baulicher Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 Abs. 3 und 6 BauNVO und § 18 BauNVO)

2.1.1 Ausnahmsweise können die festgesetzten Höhen baulicher Anlagen überschritten werden, wenn es sich hierbei um Schornsteine, Anlagen zur Be und Entlüftung oder Telekommunikationsanlagen handelt.

2.1.2 Die festgesetzten Oberkanten baulicher Anlagen bezehen sich auf die Fahrbahnmitte der anschließenden Straße in Höhe der Hauptgrundstückszufahrt.

3.0 Bauweise, überbaubare Grundstücksflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

3.1 Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB und § 22 Abs. 4 BauNVO werden folgende abweichenden Bauweisen festgesetzt:

„E1" - abweichend von der offenen Bauweise sind Gebäudelängen bis 135 m zulässig

„E2" - abweichend von der offenen Bauweise sind Gebäudelängen bis 85 m zulässig

3.2 In allen Teilgebieten sind außgrund des § 12 Abs. 6 BauNVO und § 23 Abs. 5 BauNVO Garagen und Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 BauNVO nur auf der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig. Ausgenommen davon sind Grundstückseinfriedungen und Stellplätze im Sinne der § 12 Abs. 2 zulässig sowie Hinweisschilder bei unmittelbar angeschlossenen Betriebe und Einrichtungen.

4.0 Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

4.1 Innerhalb der entlang der Gewässer gekennzeichneten Flächen (Gewässerschutzstreifen) gelten die Regelungen des Wasergesetzes Land Sachsen-Anhalt.

4.2 Die in der Planzeichnung ausgewiesenen Grundwassermessstellen sind nicht überbaubar, Ihre Zugänglichkeit ist zu gewährleisten.

5.0 Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

Private Stellplätze und wettbewerbliche Zufahrten zu diesen Stellplätzen sind in wasserdurchlässiger Bauweise auszuführen. Ein Aufbaudatenwert der Flächen von 0,6 darf nicht überschritten werden. Ausnahmen können zugelassen werden, sofern aus Gründen des Wasserschutzes eine zeitgerechte Versickerung der Flächen erforderlich ist.

6.0 Maßnahmen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes- Immissionsschutzgesetzes (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

6.1 Gewerbelärm

6.1.1 Schallpegelminderungen, die im konkreten Einzelfall durch Abschirmungen erreicht werden, erhöhte Luftabsorption, und Bodendämpfungsmaße (frequenz- und wetterunabhängige Pegelminderungen sowie die bedeutungsbezogenen Korrektur nach DIN ISO 9613-2, Ausg. Dezember 1997 für Normung, Beuth Verlag Berlin, Oktober 1999) und oder zeitliche Begrenzungen der Emissionen können bezüglich der maßgebenden Aufpunkte dem Wert des Pegelminderungsmaßes hinzugerechnet werden.
Die festgesetzten Nachweisgrenzen Schallleistungsgrad und als "Berechnungsgang" b., der Technischen Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz vom 26.,8.,1998 (Technische Anleitung zum Lärmschutz - TA Lärm - GMBl. Nr. 26 S. 503 ff. vom 26.,8.,1998) verstehen, Dem gleichzu ist bei einer Schallleistungsschätzung Nachweis nach den Anhang A zu dieser Verwaltungsvorschrift beschriebenen Verfahren vorzugehen.
Die Berechnung der Schallausbreitung erfolgt gemäß DIN ISO 9613-2 und VDI 4069 (Ausbreitungsberechnung", Hrsg. Deutsches Institut für Normung e.V., Beuth Verlag Berlin, Dezember 2001) verwiesen. Eine Unterteilung der flächenbezogenen Schallleistungspegel ist nach Anhang A zu dieser Verwaltungsvorschrift, Tabelle 1 und 2 vorzunehmen. Die angegebenen Schallleistungspegel/ausgehende Geräuschimmissionen L,w,Inst überschreiten wurde.

Die Berechnung der aus den festgesetzten Emissionskontingenten resultierenden Immissionswerte L,r ist gemäß Nr. 7.3.2 der ISO 9613-2 nach dem alternativen Verfahren für eine Mitteln frequenz f= 500 Hz und unter mittleren Quellhöhe h,s = 3 m über OOK sowie unter Beachtung der meteorologischen Korrektur C,o, (hagr) = 5,2 dB(A) und C,z, (metrisch) = 1,9 dB(A) durchzuführen.

Ein Unterfall wirkt auch dann die schalltechnischen Anforderungen der Bebauungsplanes, wenn der Beurteilungspegel L,r den Immissionsrichtwert nach TA Lärm um mindestens 15 dB(A) unterschreitet.

6.1.2 Für die zeichnerisch dargestellten Richtungssektoren erhöhen sich die Emissionskontingente um den Zusatzkontingent von 5 dB(A).

6.2 Verkehrslärm

Für Wohnungen, Büros o. ä. im Bereich der Köthener Straße und der Hönelstörbrücke sind im Falle von Neubauten oder baulichen Veränderungen baulicher Maßnahmen zum Schutz gegen Außenlärm nach DIN 4109 gemäß folgender Tabelle vorzusehen:

Maßgeblicher Außenlärm pegel in dB(A)	Lärmpegel bereich (LPB)	erf. $R'_{w,ges}$ in Aufenthaltsräumen von Wohnungen, Übernachtungsräumen, Unterrichtsräumen und ähnlichen	erf. $R'_{w,ges}$ in Büroräumen und ähnlichen
70 bis 75	V	50 dB	45 dB
65 bis 70	IV	45 dB	40 dB
60 bis 65	III	40 dB	35 dB
55 bis 60	II	35 dB	30 dB
bis 55	I	30 dB	30 dB

^{1} Resultierendes bewertetes Bau- Schalldämmmaß, bei Schlafräumen und Kinderzimmern bzw Bettenräumen ist der Erstbau von schallgedämmten Lüftungseinführungen mit dem o. g. Schalldämmmaß vorzusehen.

Für die entrichtet zur Köthener Straße und Hönelstörbrücke orientierte Gebäudeseiten kann ausnahmsweise bei einem Außenlärmpegel von 70 dB(A) und mehr ein Schlafraum/Kinderzimmer ohne gravierenden Nachteile und ohne Lärmpegelbereich bzw. für die der Köthener Straße abgewandten Gebäudeseiten ein einem Lärmpegelbereich (bei offener Bauweise) bzw. um zwei Lärmpegelbereiche (bei geschlossener Bauweise) reduziert werden.

Bei Gebäudeseiten, die zu einem vollständig geschlossenen Innenhof orientiert sind, kann auf die Herstellung baulicher Schallschutzmaßnahmen verzichtet werden, sowie der LPB III nicht überschritten wird. Ferner von Aufenthaltsräumen von Wohnungen sollen im Lärmpegelbereich IV nur dann vorgesehen werden, wenn eine Belüftung mit Fensterbelüftung zur Herstellung des erforderlichen baulichen Schallschutzes gewährleistet werden muss.
Soweit durch vorgelagerte Baukörper oder andere Hindernisse schlimme Pegelminderungen erfolgen, können die Anforderungen an die Schallgedämmte Außenbauteile entsprechend weniger hohen Schallschutzes gegen Außenlärm, auf der Grundlage anerkannter technischer Regelwerte zulässig.

Schutzbedürftige Außenwohnbereiche sind an der Köthener Straße bzw. Hönelstörbrücke abgewandten Gebäudeseite anzuordnen; ausnahmsweise ist eine geschlossene Einfriedung der Terrassen oder Balkone mit einer Mindesthöhe von 1,8 m zulässig.

7.0 Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen und Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a + b BauGB)

7.1 Erhaltung von Bäumen
Die in der Planzeichnung zur Erhaltung festgesetzten Bäume sind dauerhaft zu erhalten.

7.2 Die in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zur Erhaltung festgesetzte Fläche E 1 ist als erhalten. Die Fläche ist ringsamt der Stubenzoon zu überzäunen.

7.3 Die in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB zur Erhaltung festgesetzte Fläche E 2 ist in ihrem derzeitigen zulässigen Charakter zu erhalten.

7.4 Auf der in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Flächen A/E 1 und A/E 2 zur Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind vorhandene Gehölze zu erhalten. Ergänzend sind Anpflanzungen zur Entwicklung einer Gehölzgruppe vorzunehmen.

Artenauswahl:
Alnus glutinosa - Schwarz-Erle
Cornus sanguinea - Hartriegel
Corylus avellana - Hasel
Salix purpurea - Purpurweide
Viburnum opulus - Gemeiner Schneeball

Pflanzqualität:s., Str., mind. 4 Triebe, Höhe 100 - 150 cm bzw. v. Hei., Höhe 150 -200 cm
Pflanzraster: 150 cm x 150 cm

Innerhalb der Fläche A/E 3 sind Zuwegungen mit wassergebundener Befestigung bis zu den Einrichtungen der Wasbewäs zulässig.

7.5 Auf der in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Fläche A/E 2 zur Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sind unter Erhalt vorhandener Gehölze ergänzend Bäume und Sträucher anzupflanzen. Vorhandene Bebauungen, wie Gebäude und sonter zurückzusetzen.

Artenauswahl Bäume:
Acer campestre in Sorten - Feldahorn
Acer platanoides in Sorten - Spitzahorn
Betula pendula in Sorten - Hängebirke
Fraxinus excelsior in Sorten - Gemeine Esche
Populus tremula - Zitter Pappel
Prunus avium - Vogel-Kirsche
Quercus in Arten und Sorten - Eichen
Sorbus in Arten und Sorten (außer aucuparia) - Mehlbeere
Tilia in Arten und Sorten - Linde

Pflanzqualität: H., m. B., 2xv., StU v 12-14 cm

Artenauswahl Sträucher:
Berberis vulgaris - Gemeine Felsenbirne
Berberis vulgaris - Gemeine Berberitze
Cornus sanguinea - Roter Hartriegel
Corylus avellana - Gemeine Haselnuss
Crataegus monogyna - Eingriffliger Weißdorn
Lonicera xylosteum - Gemeine Heckenkirschen
Prunus mahaleb - Felsen Heckenkirsche
Prunus spinosa - Schlehe
Rosa arvensis - Kriechende Rose (Feldrose)
Rosa canina - Hunds-Rose
Viburnum lantana - Wolliger Schneeball

Pflanzqualität: v. Str., mind. 3 Triebe, Höhe 60-100 cm, Rosa arvensis - wurzelecht mit Topfballen
Pflanzraster: 150 cm x 150 cm

7.6 Auf der in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Fläche A/E 4 ist der vorhandene Bestand zu erhalten. Ergänzend sind Anpflanzungen zur Entwicklung einer Kräuterwiese und Gebüschgruppen unter Erhalt des vorhandenen Gehölzbestandes entlang der Teuse, Eine Pflege oder ein Rückschnitt der Gehölze entlang der Teuse ist nur zulässig, soweit das für Pflegemaßnahmen im Gewässerlauf bzw. für Erhaltungsmaßnahmen an den vorhandenen Leitungen notwendig ist.
Die Wiese ist als Mähwiese/Mähweide mögliche nahmen anzulegen. Im Randbereich der Wiese ist eine entwickelnde zweireihige Baum-Strauch-Hecke unter Einbeziehung von vorhandenen Gehölze zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten. Die verbleibenden Flächen sind als Wiese extensiv zu pflegen.

Artenauswahl wgl. Festsetzung 7.5

Innerhalb der Fläche A/E 4 ist eine Zuwegung in wassergebundener Bauweise bis zum Regenrückhaltebecken zulässig.

7.7 Auf der in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Fläche A/E 5 zur Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine mindestens 5 m breite Gehölzpflanzung mit einer Mischung aus Bäumen und Sträuchern mit dem Ziel, eine Baum-Strauch-Hecke zu entwickeln, die Fläche ist anschließend der Sukzession zu überlassen.

Artenauswahl wgl. Festsetzung 7.5

7.8 Auf der in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB festgesetzten Flächen A/E 6 und A/E 7 zur Anpflanzung und Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen erfolgt nach Rückbau von ferngelegenen und unter Erhalt des vorhandenen Baumbestandes die Anpflanzung von Bäumen mit dem Ziel, eine Baumreihe zu entwickeln. Ergänzend ist eine Strauchpflanzung mit einer Mischung aus Sträuchern zu erstellen. Die Fläche unter den Bäumen ist mit Rasen zu begrünen.

Artenauswahl:
Acer platanoides in Sorten - Spitzahorn
Carpinus betulus in Sorten - Hainbuche
Populus tremula - Zitter Pappel
Quercus in Arten und Sorten - Eichen
Tilia in Arten und Sorten - Linde

Pflanzqualität: H., m. B., 3xv., StU v 14-16 cm
Pflanzabstand zwischen den Bäumen: 12 m

7.9 Auf der in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB festgesetzten Fläche P 1 und P 2 zur Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine mindestens 5 m breite Gehölzpflanzung mit einer Mischung aus Bäumen und Sträuchern mit Landschaftsrasen angelegt werden. Die Fläche ist der Sukzession zu überlassen. Pflagendmaßnahmen sind im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zulässig.

Artenauswahl wgl. Festsetzung 7.5
Pflanzraster: 1 Pflanze / Rd. m, Abstand zwischen den Reihen: 3 m

7.10 Auf der in der Planzeichnung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB festgesetzten Fläche P 3 zur Anpflanzung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist eine mindes tens 2reihige Strauchhecke anzupflanzen. Die Fläche unter den Sträuchern kann mit Landschaftsrasen angelegt werden. Die Fläche ist der Sukzession zu überlassen. Pflagendmaßnahmen sind im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht zulässig.

Artenauswahl wgl. Festsetzung 7.5
Pflanzraster: 1 Pflanze / Rd. m, Abstand zwischen den Reihen: 2 m

7.11 Ab 3 Stellplätze ist je angefangene 4 vierwertige Stellplätze ein großkroniger Laubbaum zu pflanzen. Dabei hat der Kronendeckel der Stellplätze oder ihre Zufahrt zu überschreiten. Ausnahmsweise ist eine andere Anordnung zulässig, wenn vorhandener Leitungsbestand ein Anpflanzen im vorgenannten Bereich nicht zulässt.

Artenauswahl:
Acer campestre in Sorten - Feldahorn
Acer platanoides in Sorten - Spitzahorn
Betula pendula - Sandbirke Kastanie
Carpinus betulus in Sorten - Hainbuche
Fraxinus excelsior in Sorten - Gemeine Esche
Platanus x acerifolia - Platane
Prunus avium - Vogel-Kirsche
Robinia pseudoacacia in Sorten - Robinie
Ulmus - Resista "New Horizon" - Ulme

Pflanzqualität: H., 3 x v., m. B., StU v 16 - 18 cm
Die Mindestdistanzmessung der Baumscheiben im versiegelten Umfeld beträgt 9,0 m². Zur Baumpflanzung ist ein Pflanzraum von 12 m² zur Verfügung zu stellen.

7.12 Stellplätze, die zum öffentlichen Straßenraum einen Abstand von unter 3,0 m haben, sind von diesem mit einem Pflanzstreifen von mindestens 2,0 m abzuzäunen. Der Pflanzgestaltet ist als Strauchpflanzung auszuführen. Die Höhe der Straucher darf max. 1,0 m betragen.

Artenauswahl Strauher:
Berberis thunbergii - Immergrüne Kriechmispel
Cotoneaster dammeri "Skogholm" - Zwergmispel
Cotoneaster dammeri "Coral Beauty" - Immergrüne Kriechmispel
Deutzia gracilis - Urbarbeerlitze
Lonicera pileata - Blütenschlingstraße
Prunus laurocerasus - Kirschlorbeer
Spiraea bumalda "Anthony Waterer" - Rote Sommerspiere
Spiraea bumalda "Darts Red" - Dunkelrosa Sommer Spiere
Spiraea japonica "Little Princess" - Zwergspiere
Salix repens argentea - Silberkriechweide
Symphoricarpos chenaultii "Hancock" - Niedrige Purpurbeere

Pflanzqualität: v. Str. mind. 3 Triebe

7.13 Bindungen für Bepflanzungen
Die in der Planzeichnung festgesetzten Grundfläche gemäß § 19 BauNVO sind je 300 m² versiegelbarer Fläche mit einem Baum und 50 m² Strauchfläche zu bepflanzen. Sollte die Pflanzung eines Baumes nicht möglich sein, sind ersatzweise 50 m² Strauicher (n ringsamt 100 m²) zu pflanzen. Die nach Festsetzung 7.11 auf den Stellplätzen zu pflanzenden Bäume sind dabei anzuanrechnen. In der Planzeichnung benzte festgesetzte Flächen zur Erhaltung und Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern können angerechnet werden.

Artenauswahl wgl. Festsetzung 7.5

Ergänzend sind folgende Arten zulässig:
Buddleia davidii - Schmetterlingsstrauch
Cornus mas - Kornelkirsche
Kolkwitzia amabilis - Perlmutterstrauch
Philadelphus - Hybride - Gartenpfeifen
Prunus laurocerasus - Lorbeerkirsche
Spiraea vanhouttei - Prachtspiere
Symphoricarpos chenaultii - Hancock - Beerenstrauch
Syringa vulgris - Gemeiner Flieder
Viburnum rhytidophyllum - Immergrüner Schneeball
Weigela - Hybride - Weigelie

Pflanzqualität Strauicher 2xv, mind. 3 Triebe

7.14 Erhaltung von Bepflanzungen
Wie gemäß Pkt. 7.4 bis 7.13 festgesetzten Gehölzbestände sind zu erhalten und dauerhaft zu pflegen. Bei Abgängigkeit sind die Gehölzbestände in räumlichem Bezug zum bisherigen Standort durch standortgerechte Neupflanzungen zu ersetzen. Die Pflanzung von Bäumen, Wegen und Leitungen durch standortheimische Arten zu ersetzen. Der zu erhaltende Gehölzbestand ist vor schädigenden Einflüssen (Bodenverdichtung, Beschädigung des Wurzelwerkes, Hindernerstörung o.,a.) gem. DIN 18920 zu schützen.

II. Baugestalterische Festsetzungen

(§ 9 Abs. 4 BauGB und § 85 Abs. 1 und 2 BauO LSA vom 20. Dezember 2005, GVBl. LSA Nr. 67 (2005, S. 769)

1.0 Werbeanlagen

1.1 Werbeanlagen gemäß BauO LSA § 10 Abs. 1 sind an oder auf Gebäuden nur als Werbung an der Stätte der Leistung zulässig.

1.2 Werbeanlagen gemäß § 10 Abs. 1 BauO LSA sind in den MI-Gebieten nur an der Stätte der Leistung bis zu einer max. Größe von 2 m² zulässig.
In den GEe-Gebieten dürfen Werbeanlagen nicht mehr als 30